

Danziger Zeitung.



№ 8824.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiseral. Postenhaltern angenommen.
Preis pro Quartal 1 R. 15.— Auswärts 1 R. 20.— Inserate pro Seite 2 R.— nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reitmeier und Rud. Mose; in Leipzig: Eugen Fort und
H. Engler; in Hamburg: Hasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daude u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüller; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchh.

1874.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Nov. 16. Novbr. Bei den gestrigen Nachwahlen wurde hier Garibaldi in zwei Collegien gewählt, in den übrigen drei Collegien der Hauptstadt zwei Mitglieder der Linken und eins der Rechten. In Florenz, Mailand, Genua, Livorno, Turin wurden sämtliche Kandidaten der Rechten, in Venetia wie in Bologna je 2 von der Rechten, 1 von der Linken, in Neapel 1 von der Rechten, 7 von der Linken, 1 mit ungewisser Parteistellung gewählt. Garibaldi ist in Mailand, der Republikaner Aurelio Saffi in Lugo, Forli und Verona durchgesunken. Ricasoli, Peruzzi und Lamarmora wurden wieder gewählt. Von den bisher bekannten Nachwahlen sind 101 zu Gunsten der Rechten, 44 zu Gunsten der Linken ausgesunken.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 15. Novbr. Aus Hendaye hier eingetroffene Nachrichten versichern, daß ein Teil der Regierungstruppen sich auf dem Rückmarsch nach Santander befindet, ohne die errungenen Vortheile weiter zu verfolgen. In Irun herrschte große Missstimmung. — Die Carlisten haben Pasaola wieder besetzt.

Reichstag.

10. Sitzung vom 14. November.

Dritte Beratung des Gesetzes über Markenschutz. Die §§ 1 und 2 werden ohne Discussion genehmigt.

§ 3. „Die Eintragung von Waarenzeichen, deren Benutzung für den Anmelbenden landesgesetzlich geschützt ist, ferner von solchen Zeichen, welche bis zum Beginn des Jahres 1875 im Verkehr allgemein als Kennzeichen der Waaren eines bestimmten Gewerbetreibenden gezeigt haben, darf nicht verboten werden. Im Übrigen ist die Eintragung zu verachten, wenn die Zeichen Zahlen, Buchstaben, Wörter, öffentliche Wappen oder Ärgerlich erregende Darstellungen enthalten.“ — Ritter beantragt, den dritten Satz dahin zu ändern: „Im Übrigen ist die Eintragung zu verachten, wenn die Zeichen ausschließlich in Zahlen, Buchstaben oder Wörtern bestehen, oder wenn sie öffentliche Wappen oder Ärgerlich erregende Darstellungen enthalten.“ — Commissar Nieberding meint, daß das Amendum in praxi die größten Weißtände hervorrufen würde. Ließe z. B. Demand das Wort „Bielefeld“ eintragen, so würde kein anderer Zeichensetzer darüber bestreiten, daß die Worte zum Zweck der Bezeichnung seiner Waaren gebrauchen darf. Und wenn gar Demand die Worte „100 Meter“ eintragen ließe, so dürfte kein anderer Fabrikant sich derselben Worte bedienen. Die Abfahrt des Gesetzes sei dem Publizum eine Wohlthat zu erweisen, aber nicht einzelnen Fabrik-Etablissements. — Abgeordneter Dr. Braun kann in dem umständlichen Amendum vergleichende Gefahren durchaus nicht erblicken, da es die Eintragung verachten will, wenn die Zeichen ausschließlich in Zahlen, Buchstaben oder Wörtern bestehen, nicht aber, wenn sich neben einem Zeichen noch Buchstaben, Worte oder Zahlen befinden. Es würde doch wahrscheinlich kein Schaden entstehen, wenn z. B. neben das Zeichen der Bielefelder Fabrikant eine Krone und eine Flachblüthe, noch etwa ein A gesetzt würde. Auch wird wohl kein Fabrikant so verrückt sein, die Worte „100 Meter“ als Bezeichnung zu wählen und sollte wirklich einer diese Tollheit begehen, so könnte man ihn ja auf dem Handelsgericht instruieren, daß die Eintragung eines solchen Zeichens, weil gegen den Sinn des Gesetzes, unzulässig sei. — Abg. Miquel: Wenn Demand den guten Ruf einer Firma für sich ausnutzen will, so braucht er nur neben das weltbekannte Zeichen einer solchen Firma ein anderes kleines Zeichen zu setzen und der Markenschutz wird für diese Firma illusorisch. Es ist das neuerdings der Firma Hengel in Solingen passiert, die als Fabrikzeichen auf ihren Eisen- und Stahlwaaren beispielhaft Zwillinge führt, und als sie deshalb klage, entscheid das Gericht, daß es dafür einen Rechtsbehelf nicht gebe. Ganz anders würde die Sache stehen, wenn neben das Zeichen noch andere deutlich hervortretende Worte, Buchstaben oder Zahlen gesetzt werden dürfen. Das Amendum verdient daher angemessen zu werden. — Abg. Oppenheim erklärt sich entschieden gegen das Amendum. Wenn eine Bezeichnung, wie etwa „100 Meter“ zur Eintragung verlangt würde, so könnte meines Erachtens das Handelsgericht dieselbe nicht zurückweisen, wenn das Gesetz diese Worte gestattet. Es steht ja dem nichts entgegen, Worte, Buchstaben und Zahlen neben die Zeichen zu legen, sie dürfen nur nicht unter dem Markenschutz stehen, wenn eine Überschreitung mit Waarenzeichen verbunden werden soll. Das vom Abg. Miquel angezogene Urteil kann als Argument für das Amendum nicht benutzt werden, denn abgesehen davon, daß dieses Urteil möglicherweise ein ungünstiges sein und von einer höheren Instanz noch aufgehoben werden kann, würde dasselbe unter der Herrschaft dieses Gesetzes vielleicht anders ausgefallen sein. — Nachdem Geh. Rath Nieberding die Bitte um Ablehnung des Amendements wiederholt hat, wird dasselbe mit 124 gegen 91 Stimmen und mit demselben hierauf auch § 3 angenommen.

Die §§ 4—12 werden in der Fassung der Beschlüsse weiterer Leitung genehmigt. — Für § 13: „Seder in ländlichem Producent oder Handeltreibende kann gegen Denjenigen, welcher widerrechtlich Waaren mit dem Namen oder der Firma des ersten, oder mit einem anderen Waarenzeichen bezeichnet, auf dessen Gebrauch der erstere ausschließlich berechtigt ist, im Civilrechtswege beantragen, daß Letzterem das Recht zu dieser Bezeichnung aberkannt und der fernere Gebrauch derselben verboten werde. Dergleichen kann der verlegte Producent oder Handeltreibende gegen Denjenigen, welcher widerrechtlich Waaren in Verkehr bringt oder seit hält, im Civilrechtswege beantragen, daß dem Letzteren der Vertrieb der so bezeichneten Waaren verboten werde.“ schlägt Ritter folgende Fassung vor: „Seder inländischer Producent oder Handeltreibende kann gegen Denjenigen, welcher Waaren oder deren Verpackung mit einem für den Erfahren nach-

Mahgabe dieses Gesetzes zu schützenden Waarenzeichen oder mit dem Namen oder der Firma des Erfahren widerrechtlich bezeichnet, im Wege der Klage beantragen, daß derselbe für nicht berechtigt erklärt werde, die Bezeichnung zu gebrauchen.“ Dergleichen kann der Producent oder Handeltreibende gegen Denjenigen, welcher dergleichen widerrechtlich bezeichnete Waaren in Verkehr bringt oder seit hält, im Wege der Klage beantragen, daß derselbe für nicht berechtigt erklärt werde, die bezeichnete Waaren in Verkehr zu bringen oder seit zu halten.“ — Abg. Rickert hält diese Fassung dem Sinne der in der zweiten Beratung gefassten Beschlüsse für mehr entsprechend, als den damals angenommenen Wortlaut. — Geh. Rath Nieberding ist mit dem Amendum einverstanden, welches hierauf angenommen wird.

§ 14 handelt von der Bestrafung desjenigen, der widerrechtlich sich beim Vertrieb seiner Waaren falscher Marken bedient. Das zweite Alinea des Paragraphen bestimmt, daß die Strafverfolgung nur auf Antrag eintreten soll. — Abg. Reichensperger (Crefeld): Ich komme auf den Antrag zurück, das letzte Alinea dieses Paragraphen zu streichen. Man hat für die Notwendigkeit eines Strafantrages, von dem die Verfolgung abhängig sein soll, geltend gemacht, daß es sich hier um ein reines Privatinteresse handle. Das dem nicht so ist, ist meines Erachtens sonnenklar und auch bei der zweiten Beratung von dem Bundes-Commission anerkannt worden, der hingänlich deutlich ausführte hat, daß das Interesse des ganzen Publizums hier auf das Erheblichste mit berührt wird. Wer gute Waaren führt, wird keine Fabrikzeichen nachmachen, es wird sich daher nur immer um solche Fabrikzeichen handeln, die schlechte Waaren unter falscher Marke in den Verkehr zu bringen suchen, und sollte das wirklich einmal mit Einwilligung des Inhabers der Marke geschehen — nun, so wird der Staatsanwalt eben in Erwägung dieses Umstandes nicht einschreiten. Mir Reichsritter will ich noch bemerken, daß wir die üblichen Erfahrungen mit den Antragsvergehen gemacht haben; so kann der Antragsteller nach geschlossener Untersuchung, ja unmittelbar vor dem Spruch des Gerichtshofes den Strafantrag zurückziehen, und der Staat hat dann sogar die Kosten zu tragen. Polizeischulden und Chicanen, welche der Abg. Braun und bei der zweiten Beratung für den Fall der Befestigung des Strafantrages in Aussicht gestellt hat, werden in nicht höherem Grade, wie bei der Verfolgung jedes anderen Delikts eintreten, die Schen vor solchen wäre ein Argument, das sich gegen jeden einzelnen Paragraphen des Strafgesetzbuches geltend machen ließe. Das Gesetz bestraft denjenigen, der mit verfälschten Lebensmitteln handelt, ohne einen Antrag des Geschädigten zu verlangen, und doch handelt es sich dort nur um eine Geldstrafe von höchstens 50 R., während hier eine weit höhere Strafe angedroht ist und man doch von der Stellung eines Antrages nicht abschauen will. — Abg. Dr. Braun: Die ganze Ausführung des Vorredners über die Natur der Autogedächte gehört nicht hierher. Wir werden darüber bei einer anderen Gelegenheit zu discutiren haben und dann erörtern, wer die Kosten der Untersuchung bei der Zurücknahme des Strafantrages zu tragen hat und in welchem Stadium des Verfahrens die Zurückziehung des Antrages noch zulässig sein soll. Hier handelt es sich um den ganz speziellen Fall des Markenzeichens, das Publizum braucht keinen solchen, denn es hat keine Marken. Wird das Publizum durch das Beispiel vom dem Heilhalten verfälschter Lebensmittel trafen hier nicht zu, denn die Waaren, welche unter falscher Marke gehen, sind oft besser als die mit der echten. Besonders haben deutsche Fabrikanten die Schwäche, ihre Waaren unter englischer Marke nach Amerika zu schen, wo englische Waaren sehr beliebt sind, obwohl das deutsche Fabrikat oft viel vorzüglicher ist, als das englische unter dessen Zeichen es kostet. Ebenso ist es nach meinem Geschmack mit dem Selt. (Heiterkeit). Wir erhalten den auch in Deutschland fabrizierten Selt immer mit französischem Etiquette und mir persönlich ist der deutsche Selt, wenn er aus richtigem kräftigen Riesling bereit wird, weit lieber als der französische. (Große Heiterkeit). Die Höhe der Strafe, welche vom Vorredner betont worden ist, hat mit dem öffentlichen Interesse nichts zu thun und rechtfertigt sich durch die Größe des möglicherweise zu erzielenden Gewinnes. Wenn Demand auf offener Strafe Unzug verfügt, so ist in der That ein öffentliches Interesse gefährdet, und doch ist die Strafe eine sehr geringe. Ich glaube also, daß die Argumente des Vorredners eines Theils nicht hierher passen, und daß wo sie passen, unrichtig sind. (Heiterkeit). — Abg. Reichensperger: Der Vorredner ist immer sehr kurzweilig, aber er hündigt damit an der Gediegenheit seiner Argumente. (Heiterkeit). Ich will ihm besonders auf das Gebiet des Seltes nicht folgen, wo er gewiß viel besser bewandert ist als ich. (Heiterkeit). Daß das Publizum keine Marken hat, gebe ich zu, aber darum wollen wir doch hier nicht diejenigen schützen, welche Marken haben, sondern auch diejenigen, die durch falsche Bindergangen werden können. — Abg. Dr. Ebert: Die Industrie erwartet durch dieses Gesetz hinreichenden Schutz, so daß sie keinen Staatsanwalt als Wächter ihrer Sicherheit bedarf. Die heutige gegen die Anträge ergehen zu Tage tretende Bewegung ist eine durchs Ansehen reaktionäre. (Widerspruch). — Abg. Dr. Braun: Auch die so eben gehörte Argumentation des Abg. Reichensperger ist nicht richtig. Ich kann kein Recht des Publizums abholen und unabhängig von dem subjektiven Recht des Inhabers der Marke anerkennen. Dieser kann jedoch Augenblick sein Beziehen im Register läßt sich, und wie steht es dann mit dem Rechte des Publizums? — Ob meine Ausführungen gründlich oder gediegen sind, überlässe ich der Beurtheilung des Hauses, ich selbst beanspruche kein Monopol für Gediegenheit, muß mir aber den leisen Zweifel erlauben, ob nicht Herr Reichensperger Gediegenheit und Langweiligkeit verwechselt. — Bei der Abstimmung wird die Streichung des zweiten Alineas abgelehnt, die Strafverfolgung auf Antrag bleibt also aufrecht erhalten. — Die übrigen Paragraphen der Vorlage werden ohne Debatte, § 17 mit einer vom Abg.

Rickert beantragten lediglich redaktionellen Änderung, genehmigt.

Dritte Beratung der Verordnung, betreffend die Geschäftsvorlage der Gerichte und gerichtlichen Beamten in Elsaß-Lothringen. Statt der Schlussworte des § 2 (der Beipunkt, bis zu welchem der Geschäftsvorlage der französischen Sprache gestattet ist, „wird durch den Reichskanzler festgesetzt“) beantragt Gerber zu legen: „wird durch ein Gesetz bestimmt.“ — Abg. v. Dominiexki erklärt im Namen der polnischen Fraction, daß sie mit der Vorlage nicht einverstanden sei, da sie mit der Übertragung dieser Befugnis auf dem Reichskanzler unconstitutional sei. Die Hoffnung des Abg. Gerber, daß mit dieser Verordnung die neue Aera eines milderen Verfahrens im Reichslande beginne, könne er nicht theilen. Er lädt die Abgeordneten ein nach Polen zu kommen. Er würde da namentlich beim Gerichtsverfahren in Civilprozessen Halle finden, wo die Parteien nur deshalb weder mit den Anwälten noch mit den Richtern verständigen können, ihre Prozesse verlieren; und er würde im Criminalverfahren sagen, wie das Urteil sehr oft einzig und allein in der Hand des Dolmetschers liegt, der schlecht bezahlt wird und in Folge dessen weder der einen noch der anderen Sprache ganz mächtig ist. Mir ist ganz unerträglich, wie man in einem konstitutionellen Staate einer einzigen Person so große Befugnisse der Entscheidung über die wichtigsten Angelegenheiten in die Hände geben kann. Sie haben sich über dies von mir schon in früheren Sessionsjähren kundgetragen, die wir bisher mit dem deutschen Constitutionalismus gemacht haben, nicht gerade geeignet sind, uns besonders dafür zu begeistern, so halte ich es doch für Pflicht, immer wieder zu betonen, daß über so tief eingreifende Fragen die Entscheidung dem gegebenden Körper vorbehalten werden muss. — Abg. Puttkamer (Sorau) protestiert gegen die Aeußerungen des Vorredners. Ich bin lange genug in der Provinz Polen gewesen, um zu wissen, daß seine Klage, als ob dem Polnischsprechenden gegenüber nicht Recht und Gerechtigkeit von den Gerichten in Polen geübt werden, eine völlig unberechtigte ist. Es wird nicht klagen darüber gebracht, daß die polnische Sprache nicht genügend bei den Gerichten angewendet werde, sondern im Gegenteil, es ist eine ganz allgemeine Klage und nicht allein bei der deutscher, sondern auch bei der polnischen Bevölkerung der Provinz, daß noch immer nach der Verordnung von 1817 verfahren wird, wonach nämlich, wenn eine Klage in polnischer Sprache angesetzt wird, auch die Klageantwortung in polnischer Sprache abgesetzt werden muß. Schon seit langer Zeit ist der Wunsch allgemein, daß die Regierung endlich sich entschließen möge, eine Gesetzesvorlage einzubringen, nach welcher nur die deutsche Sprache bei den Gerichten Geltung hat. Die Verhältnisse in der Provinz Polen sind auch ganz und gar verschieden von denen in Elsaß-Lothringen. In Polen gibt es sehr wenige Leute, die nicht Deutsch verstehen; aber sehr viele, die nicht deutsch verstehen wollen, und ich kann versichern, daß sehr oft Fälle vorkommen, daß Leute sagen, sie können nicht deutsch, daß ihnen aber alsdann bei der Vermittelung durch den Dolmetscher die Sache langweilig wird, und sie endlich in sehr gutem Deutsch ihre Sache zu Ende führen. Diese Fälle sind nicht blos in Civilprozessen, sondern sehr oft auch in Criminalverhandlungen vorkommen, auch solche Fälle, wo Geschworene erklärt haben, sie verstehen nicht deutsch, in Folge dessen die Verhandlungen polnisch geführt werden, und im Laufe dieser stellt sich heraus, daß nicht einmal der Vorsteigende der Geschworenen so viel Polnisch verstand, um den Verhandlungen zu folgen, während sie die deutsche Sprache ganz gut kamen.

§ 1 wird angenommen; über § 2 ergreift zunächst das Wort Abg. Gerber: Mein Amendum will den Termin für den Gebrauch der französischen Sprache in Gerichtsverhandlungen und notariellen Akten nicht in die Hände des Reichskanzlers übergeben wissen, sondern in die der Gesetzgebung. Das ist constitutioneller. Dann glaube ich, aber auch, der Kanzler ist es nach meinem Geschmack mit dem Selt. (Heiterkeit). Wir erhalten den auch in Deutschland fabrizierten Selt immer mit französischem Etiquette und mir persönlich ist der deutsche Selt, wenn er aus richtigem kräftigen Riesling bereit wird, weit lieber als der französische. (Große Heiterkeit). Die Höhe der Strafe, welche vom Vorredner betont worden ist, hat mit dem öffentlichen Interesse nichts zu thun und rechtfertigt sich durch die Größe des möglicherweise zu erzielenden Gewinnes. Wenn Demand auf offener Strafe Unzug verfügt, so ist in der That ein öffentliches Interesse gefährdet, und doch ist die Strafe eine sehr geringe. Ich glaube also, daß die Argumente des Vorredners eines Theils nicht hierher passen, und daß wo sie passen, unrichtig sind. (Heiterkeit). — Abg. Dr. Braun: Ich will ihm besonders auf das Gebiet des Seltes nicht folgen, wo er gewiß viel besser bewandert ist als ich. (Heiterkeit). Daß das Publizum keine Marken hat, gebe ich zu, aber darum wollen wir doch hier nicht diejenigen schützen, welche Marken haben, sondern auch diejenigen, die durch falsche Bindergangen werden können. — Abg. Dr. Ebert: Die Industrie erwartet durch dieses Gesetz hinreichenden Schutz, so daß sie keinen Staatsanwalt als Wächter ihrer Sicherheit bedarf. Die heutige gegen die Anträge ergehen zu Tage tretende Bewegung ist eine durchs Ansehen reaktionäre. (Widerspruch). — Abg. Dr. Braun: Auch die so eben gehörte Argumentation des Abg. Reichensperger ist nicht richtig. Ich kann kein Recht des Publizums abholen und unabhängig von dem subjektiven Recht des Inhabers der Marke anerkennen. Dieser kann jedoch Augenblick sein Beziehen im Register lassen, und wie steht es dann mit dem Rechte des Publizums? — Ob meine Ausführungen gründlich oder gediegen sind, überlässe ich der Beurtheilung des Hauses, ich selbst beanspruche kein Monopol für Gediegenheit, muß mir aber den leisen Zweifel erlauben, ob nicht Herr Reichensperger Gediegenheit und Langweiligkeit verwechselt. — Bei der Abstimmung wird die Streichung des zweiten Alineas abgelehnt, die Strafverfolgung auf Antrag bleibt also aufrecht erhalten. — Die übrigen Paragraphen der Vorlage werden ohne Debatte, § 17 mit einer vom Abg.

eigenen Vertreter ein solches Gesetz zu Halle gebracht würde. Würde die vorliegende Verordnung durch die Annahme eines Änderungsantrages verworfen, so würde damit eine Verwirrung entstehen, die durchaus nachtheilig wirken müßte. Es würden die bis jetzt an die Advocaten ertheilten Concessiones nichtig werden. — Abg. Windthorst: Wenn der Abgeordnete aus Polen gegen das Gesetz stimmen will, weil man im Polen'schen unangenehme Erfahrungen gemacht habe, so mußt ich allerdings anerkennen, daß die Handhabung der polnischen Sprachfrage nicht so geschehen ist und nicht so geschieht, wie es die vollerrechtlichen Verträge und die Zustimmungen des Königs von Preußen bei der Bezeichnung Polen's statuirt haben. Die jetzt vorliegende Verordnung ist aber eine Milderung des früheren Zustandes und als solche mit Recht freudig begrüßt werden. Wenn die Regierung erklärt, die Annahme des Gerber'schen Antrages würde sie veranlassen, die Sache gar nicht weiter zu verfolgen, dann möchte ich den Herren aus Elsaß empfehlen, sich zu überlegen, ob sie ihren Antrag aufrecht halten wollen.

Bundescomm. Herzog: Der Art. 8 des Gesetzes über die Einführung der Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen bestimmt, daß Verordnungen der vorliegenden Art dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden sollen. Wenn die Verordnung verändert wird, so folgt daraus die Nichtgenehmigung, und sie tritt außer Kraft. Der Antrag des Abg. Gerber ist der Regierung unannehmbar. — Abg. Miquel: Neue Provinzen stehen sich besser bei dem maßgebenden der Exekutive als bei dem zu scharf hervortretenden Einflusse der Legislative. Wir haben manche Dinge erreicht unter der Verwaltung, die wir von der Gesetzgebung kaum erlangt hätten.

Die Verwaltung vermag oft einfacher zu urtheilen, als fremde Abgeordnete, die in andern Distrikten gewählt sind. — Abg. Windthorst: Ich bedaure die Erklärung des Regierungskommissarius. Ich gebe aber auch den Antragsteller zu bedenken, ob es nicht richtiger ist, ihren Antrag fallen zu lassen und der direkta necessitas zu folgen, die ja auf dem Elsaß noch ruht. Daß wir der Exekutive in Hannover so außerordentlich vieles verboten, habe ich meines Theils nicht versucht. (Heiterkeit). Versäumt aber habe ich, daß die Legislative für die Provinz etwas Wichtiges zu Stande gebracht hat, den Provinzialfonds. — Fürst Bismarck: Ich will nur wenige Worte vorzugsweise an die Herren Abgeordneten aus dem Elsaß in dieser Frage richten, indem ich auf ersten Blick nicht lange Zeit mich in der unangenehmen Lage befinden, eine Bemerkung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu mehren zu empfehlen, ob sie nicht lieber ihren Antrag zurücknehmen wollen. Es ist mich nicht gerade ermuntert, daß sich dieser Ausdruck eines Streitwunsches gegen den Reichskanzler gerade an einen Vorredner zu richten scheint, der die Befürwortung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu empfehlen, ob sie nicht lieber ihren Antrag zurücknehmen wollen. Es ist mich nicht gerade ermuntert, daß sich dieser Ausdruck eines Streitwunsches gegen den Reichskanzler gerade an einen Vorredner zu richten scheint, der die Befürwortung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu empfehlen, ob sie nicht lieber ihren Antrag zurücknehmen wollen. Es ist mich nicht gerade ermuntert, daß sich dieser Ausdruck eines Streitwunsches gegen den Reichskanzler gerade an einen Vorredner zu richten scheint, der die Befürwortung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu empfehlen, ob sie nicht lieber ihren Antrag zurücknehmen wollen. Es ist mich nicht gerade ermuntert, daß sich dieser Ausdruck eines Streitwunsches gegen den Reichskanzler gerade an einen Vorredner zu richten scheint, der die Befürwortung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu empfehlen, ob sie nicht lieber ihren Antrag zurücknehmen wollen. Es ist mich nicht gerade ermuntert, daß sich dieser Ausdruck eines Streitwunsches gegen den Reichskanzler gerade an einen Vorredner zu richten scheint, der die Befürwortung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu empfehlen, ob sie nicht lieber ihren Antrag zurücknehmen wollen. Es ist mich nicht gerade ermuntert, daß sich dieser Ausdruck eines Streitwunsches gegen den Reichskanzler gerade an einen Vorredner zu richten scheint, der die Befürwortung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu empfehlen, ob sie nicht lieber ihren Antrag zurücknehmen wollen. Es ist mich nicht gerade ermuntert, daß sich dieser Ausdruck eines Streitwunsches gegen den Reichskanzler gerade an einen Vorredner zu richten scheint, der die Befürwortung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu empfehlen, ob sie nicht lieber ihren Antrag zurücknehmen wollen. Es ist mich nicht gerade ermuntert, daß sich dieser Ausdruck eines Streitwunsches gegen den Reichskanzler gerade an einen Vorredner zu richten scheint, der die Befürwortung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu empfehlen, ob sie nicht lieber ihren Antrag zurücknehmen wollen. Es ist mich nicht gerade ermuntert, daß sich dieser Ausdruck eines Streitwunsches gegen den Reichskanzler gerade an einen Vorredner zu richten scheint, der die Befürwortung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu empfehlen, ob sie nicht lieber ihren Antrag zurücknehmen wollen. Es ist mich nicht gerade ermuntert, daß sich dieser Ausdruck eines Streitwunsches gegen den Reichskanzler gerade an einen Vorredner zu richten scheint, der die Befürwortung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu empfehlen, ob sie nicht lieber ihren Antrag zurücknehmen wollen. Es ist mich nicht gerade ermuntert, daß sich dieser Ausdruck eines Streitwunsches gegen den Reichskanzler gerade an einen Vorredner zu richten scheint, der die Befürwortung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu empfehlen, ob sie nicht lieber ihren Antrag zurücknehmen wollen. Es ist mich nicht gerade ermuntert, daß sich dieser Ausdruck eines Streitwunsches gegen den Reichskanzler gerade an einen Vorredner zu richten scheint, der die Befürwortung meines Vorredners zu unterstützen und den Herren Abgeordneten zu empfehlen, ob sie nicht lie

Danzig, den 16. November.

Der elsässische Abgeordnete und katholische Geistliche Gerber hatte am Donnerstag im Reichstage so vorsätzlich gesprochen, daß er bei Denen Missfallen erregt hatte, welchen daran gelegen ist, daß uns durch die Reichslande möglichst viel Verlegenheiten bereitet werden. Man wußte schon aus einem ultramontanen polnischen Blatte, daß von Seiten der Polen eine kleine Demonstration in Scene gesetzt werden würde, die dann auch um Sonnenuntergang und vor dem Abg. sitz. Herr Dr. v. Domimirski (Bankdirektor in Thorn, bis 1872 Resident in Danzig, geb. 1846) vom Stapel gelassen wurde. Derselbe gehoben ist noch etwas elsässischer als die Elsässer, ja er machte den letzteren nicht unbedeutende Vorwürfe, daß sie die Interessen ihrer Wähler nicht besser gewahrt hätten. Herr v. Domimirski entrollte den Elsässern, um ihnen das Vertrauen in den guten Willen und die Versprechungen der deutschen Verwaltung zu nehmen, ein möglichst schwarzes Bild von der Behandlung der polnischen Sprache in Posen, wohin er für den augenblicklichen Gebrauch, um die „internationalen Verträge“ und die „Königlichen Verheißungen“ ins Treffen führen zu können, seinen Wunsit verlegt hatte. „Ich glaube“, rief der Redner den Elsässern zu, „daß man auch bei ihnen so verfahren wird“ und der Elsässer Simonis bestreitete diese Ansicht mit energischem Kopfnicken. Der Abg. v. Buttler führte jene Declamationen freilich auf ihren Werth zurück, der Abg. Gerber fühlte sich aber darauf doch veranlaßt, sein neuliches, hier und da wohl etwas zu überchwältigend gepräsentes Auftreten, dasselbe einschärfend, zu erläutern. Sein Amendment, dessen Annahme den Elsässern mehr Nachtheil als Vortheil gebracht hätte, fand außer seinen Landsleuten nur noch die Unterstützung der Polen, Socialdemokraten und eines kleinen Theiles des Centrums.

Der von der Reichsregierung beantragte Credit für Marine und Telegraphenverwaltung beläuft sich auf 16 Millionen Mark, von denen 3 Millionen für Erweiterung der Telegraphenverbindungen bestimmt sind. Nach der „Kreuz-Ztg.“ herrscht in Reichstagkreisen keine sonderliche Neigung, diese kleineren Anliegen zu genehmigen. Man meint, so bald nach den Milliardenoperationen werde es keinen guten Eindruck machen, wenn das Reich sich geneigt sehe, verbülltmäßig geringere Beträge durch Transprachnahme des öffentlichen Credits zu beschaffen. — Wie uns geschrieben wird, ist man im Reichstage wenig geneigt, die beantragte bedeutende Erhöhung der Matrikularbeiträge zu genehmigen; man meint, daß bei den in Aussicht stehenden Überschüssen keine Notwendigkeit dazu vorliegt.

Die Verhandlungen im Prozeß Arnim werden nach der „Mont.-Ztg.“ nicht vor dem 10. December stattfinden. Sie werden zum größten Theil öffentlich sein, die Offenheitlichkeit soll nur bei Verleistung der Concepce der fehlenden diplomatischen Actenstücke ausgeschlossen werden. Der Graf will sich an der Seite seines Rechtsanwaltes selbst verteidigen. Die Anklage fühlt sich nach der „Ger.-Ztg.“ auf § 348 des Strafgesetzbuchs: Befestigung amtlicher Urkunden durch einen Beamten ohne gewünschliche Absicht, Gefängnis nicht unter einem Monat. Nach der „N. A. Z.“ ist zu dem durch zwei Criminalbeamte, die in Zwischenräumen abgelöst werden, permanent bewachten Grafen „für jetzt noch“ der Familie der Zutritt gestattet. Der Befehl der Wiederverhaftung des Grafen hat einen weniger glänzenden Eindruck auch bei Denen gemacht, welche sonst dem Grafen Arnim keineswegs besonders freundlich gesinnt sind.

Man wird wohl nicht irre gehen, wenn man glaubt, daß bei der Haussuchung in Nassenheide mehr gesucht wurde, als die Actenstücke aus dem Pariser Archiv. In dem veröffentlichten Briefwechsel zwischen Arnim und Bülow war von einem Mitgliede der Kaiserlichen Familie die Rede, mit welchem Graf Arnim gegen den Fürsten Bismarck „conspirirt“ haben soll. Man erging sich in Vermutungen, wer damit gemeint sei; erst wurde der Kronprinz, dann Prinz Friedrich Carl genannt. Jetzt meldet die offizielle Correspondenz aus dem Preßbüro des Ministeriums des Innern: „Es darf jetzt wohl als Thatache betrachtet werden, daß unter der personne intimelement liée à l'empereur die Kaiserin gemeinsam ist, da sie in dem Originalbriefe ohne jede Umschreibung geradezu genannt wird.“ — Unter den in Nassenheide mit Beschlag belegten Briefen haben sich auch solche des Grafen Hermann Arnim befinden, jüngeren Bruders des Grafen Arnim-Bözenburg, also gleichfalls Schwager des Grafen Harry. Graf Hermann, welcher sich eben zur Gesandtschaft nach Lissabon begeben hatte, wurde nach Berlin citirt und am 9. durch den Stadtgerichtsrath Pescatore vernommen. Die „N. fr. Pr.“ bringt einen Bericht über jene Vernehmung, wonach Graf Hermann dem Richter mancherlei sonderbare Antworten gab. Die Frage ob er den Urheber der Veröffentlichung des Arnim-Bözenwischen Briefwechsels kenne, verneinte er; als er darauf gefragt wurde, ob ihm ein Herr Murray bekannt sei, erwiderte er, der Name Murray sei ihm wohl bekannt, es sei der Verfasser eines Handbuchs für reisende Engländer. Dann wurde er gefragt, ob ihm bekannt sei, daß sein Schwager gegen Fürst Bismarck intrigirt und nach dem Reichskanzlerposition gestrebt habe. Hierauf erwiderte er, zu seinem innigem Bedauern müsse er die stete Abneigung seines Schwagers gegen die Übernahme dieses Postens constatiren, übrigens seier von jeher der Aufsicht gewesen, daß sein Schwager der einzige Mann sei, welcher Fürst Bismarck zu erlegen geeignet sei. An diesen Theil der Aussage anknüpfend, machte der Richter die Bemerkung, daß die Briefe des Zeugen an seinen Schwager nur eine einzelne Andeutung enthielten. Außer dieser einen Stelle, deren Sinn fraglich sei, sei in der ganzen Correspondenz nichts Verfängliches enthalten. Dagegen bemerkte der Zeuge, er müsse sich in der That sehr wundern, daß ihm gar keine Fragen gestellt seien, welche auf den Prozeß seines Schwagers directen Bezug hätten. Bis mehr handle es sich bei seiner Vernehmung bloß um Nebensachen, die möglicherweise für den Herrn Reichskanzler sehr interessant seien,

den Untersuchungsrichter aber nur in dem Falle etwas angingen, wenn er sich als Sachwalter des Fürsten Bismarck und es als seine Aufgabe betrachte, diesem lediglich ihn interessierendes Material zuzuführen.

Unsere Befürchtung, daß die Truppen der spanischen Regierung nicht ihren Sieg bei Ceuta ausnutzen würden, hat sich leider schon bestätigt. In diesem Falle liegt es aber nicht an den Generalen, sondern an der Madrider Regierung selbst. Asturias und Loma entwickelten bei der Verfolgung eine unerwartet kräftige Energie, und bei den Carlistern herrschte große Demoralisation, so daß man hoffen durfte, es werde dem Carlismus der Gnadenstoss gegeben werden. Da kam am Freitag von Madrid aus telegraphisch der Befehl an, die Verfolgung aufzugeben und mit dem Gros der Truppen auf dem gefährlichen Seeweg zurückzukehren. Der Commandant und die Besatzung von Ceuta sind mit Recht ungehalten. Die Herren in Madrid wollen nicht ein schnelles Ende des schrecklichen Bürgerkrieges, weil sie fürchten, daß es dann mit ihrer Herrlichkeit zu Ende geht. Man glaubt nämlich, daß die Armee nach der Niederwerfung der Carlistern sogleich den Sohn Isabella's zum König ausrufen würde.

Deutschland

× Berlin, 15. Novbr. Der Reichskanzler hat dem Bundesrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 15,200,000 Mk. für Elsaß-Lothringen, welche zur Erfüllung der durch die deutsch-französische Convention von 11. Dezember 1871 begründeten Verpflichtungen, zur Vollendung der Wasserbauten, sowie zur Beschaffung eines Betriebsfonds für die Landeskassenverwaltung verwendet werden soll. — Die auf Entsezung des Bischofs von Padberg gerichtete Aufklageschrift wird gegenwärtig in dem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten ausgearbeitet. — Es wird versichert, daß gegenwärtige gesetzgebende Thätigkeit von Seiten des Reichs auf dem Gebiete des Apothekenwesens in den Kreisen des Reichslandesamt aufgegeben worden ist. Dagegen dürften wesentliche Mängel bei der Ausführung des Concessionsystems in Preußen abgestellt werden, so daß das Bestehenbleiben der gegenwärtigen, allerdings einer Reform bedürftigen Zustände auch den nicht lebensfähigen Apotheken mehr erträglich wird. Die Abgeordneten für Elsaß-Lothringen haben, unterstützt von einer Anzahl von Mitgliedern des Centrums, bei dem Reichstage einen Antrag dahin eingebracht, das für Elsaß-Lothringen im Jahr 1873 octroirte Schulgeley mit den dazu gehörigen Regulativen &c. aufzuheben. Der Antrag bildet ein formelles Gesetz von 2 Paragraphen nebst Motiven. Das Schulgesetz, dessen Aufhebung die Herren wünschen, stellt einfach die Schulen in den Reichslanden unter Staatsaufsicht und hebt die bisherige französische Schulbehörde auf, in welcher die Bischöfe ihren Sitz hatten und der Einfluß der Geistlichkeit prävalirte. An der Hand des octroyirten Gesetzes sind mehrere Schulen und Gymnasien wegen mangelnder Qualification der Lehrer aufgelöst worden und es wird dies den Gegenstand der Beschwerde der Abgeordneten bilden. — Die Befestigung amtlicher Urkunden durch einen Beamten ohne gewünschliche Absicht, Gefängnis nicht unter einem Monat. Nach der „N. A. Z.“ ist zu dem durch zwei Criminalbeamte, die in Zwischenräumen abgelöst werden, permanent bewachten Grafen „für jetzt noch“ der Familie der Zutritt gestattet. Der Befehl der Wiederverhaftung des Grafen hat einen weniger glänzenden Eindruck auch bei Denen gemacht, welche sonst dem Grafen Arnim keineswegs besonders freundlich gesinnt sind.

Man wird wohl nicht irre gehen, wenn man glaubt, daß bei der Haussuchung in Nassenheide mehr gesucht wurde, als die Actenstücke aus dem Pariser Archiv. In dem veröffentlichten Briefwechsel zwischen Arnim und Bülow war von einem Mitgliede der Kaiserlichen Familie die Rede, mit welchem Graf Arnim gegen den Fürsten Bismarck „conspirirt“ haben soll. Man erging sich in Vermutungen, wer damit gemeint sei; erst wurde der Kronprinz, dann Prinz Friedrich Carl genannt. Jetzt meldet die offizielle Correspondenz aus dem Preßbüro des Ministeriums des Innern: „Es darf jetzt wohl als Thatache betrachtet werden, daß unter der persone intimelement liée à l'empereur die Kaiserin gemeinsam ist, da sie in dem Originalbriefe ohne jede Umschreibung geradezu genannt wird.“ — Unter den in Nassenheide mit Beschlag belegten Briefen haben sich auch solche des Grafen Hermann Arnim befinden, jüngeren Bruders des Grafen Arnim-Bözenburg, also gleichfalls Schwager des Grafen Harry. Graf Hermann, welcher sich eben zur Gesandtschaft nach Lissabon begeben hatte, wurde nach Berlin citirt und am 9. durch den Stadtgerichtsrath Pescatore vernommen. Die „N. fr. Pr.“ bringt einen Bericht über jene Vernehmung, wonach Graf Hermann dem Richter mancherlei sonderbare Antworten gab. Die Frage ob er den Urheber der Veröffentlichung des Arnim-Bözenwischen Briefwechsels kenne, verneinte er; als er darauf gefragt wurde, ob ihm ein Herr Murray bekannt sei, erwiderte er, der Name Murray sei ihm wohl bekannt, es sei der Verfasser eines Handbuchs für reisende Engländer. Dann wurde er gefragt, ob ihm bekannt sei, daß sein Schwager gegen Fürst Bismarck intrigirt und nach dem Reichskanzlerposition gestrebt habe. Hierauf erwiderte er, zu seinem innigem Bedauern müsse er die stete Abneigung seines Schwagers gegen die Übernahme dieses Postens constatiren, übrigens seier von jeher der Aufsicht gewesen, daß sein Schwager der einzige Mann sei, welcher Fürst Bismarck zu erlegen geeignet sei. An diesen Theil der Aussage anknüpfend, machte der Richter die Bemerkung, daß die Briefe des Zeugen an seinen Schwager nur eine einzelne Andeutung enthielten. Außer dieser einen Stelle, deren Sinn fraglich sei, sei in der ganzen Correspondenz nichts Verfängliches enthalten. Dagegen bemerkte der Zeuge, er müsse sich in der That sehr wundern, daß ihm gar keine Fragen gestellt seien, welche auf den Prozeß seines Schwagers directen Bezug hätten. Bis mehr handle es sich bei seiner Vernehmung bloß um Nebensachen, die möglicherweise für den Herrn Reichskanzler sehr interessant seien,

der bereits von der Steuerdeputation erstattet ist, zu veröffentlichen.

— Die am letzten Sonntage des Kirchenjahres, dem sogenannten Todtentag, lebter in den Berliner Kirchen gesammelte Collecte zum Besten des heiligen städtischen Armen- und Schulwelfens ist, nach der „Kreuz-Ztg.“, mit Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenrats aufgehoben worden, und es wird statt dessen eine Kirchencollecte zur Vermehrung der geistlichen Kräfte gehalten werden.

Nachdem die Beschaffung von Riesleterrain für die Radialsysteme I., II. und III. durch die von den Kommunalbehörden niedergelegte Deputation zum Vorheil für die Commune ausgefallen ist, beabsichtigt der Magistrat, bei der Stadtverordneten-Versammlung zu beantragen, daß behufs Beschaffung des für die Radialsysteme IV. und V. erforderlichen Rieselandes eine aus 3 Magistratsmitgliedern und 12 Stadtverordneten bestehende gemischte Commission gebildet werde mit der Bollmacht, das erforderliche Terrain zu ermitteln und ohne Rückfrage an die Kommunalbehörden anzulaufen, wenn der Kaufpreis die Summe von 500 000 Thlr. nicht übersteigt.

Nicht allein die Regierung des Herzogthums Nahalt, sondern auch die Regierungen von Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß ältere Linie und Reuß jüngere Linie haben bei der preußischen Regierung angefragt ob die letztere bereit sei, nach Einführung der neuen Gerichtsordnung in ein Rechtsverhältnis zu ihnen in der Art zu treten, daß ein preußisches Ober-Appellationsgericht die oberste Instanz für die Prozesse in den gebürgten Staaten bilde.

Tauberbischofshofheim. Im hiesigen Amtsgefängnis verbüßten kürzlich drei katholische Priester wegen unbefugter Ertheilung von Religionsunterricht je eine 24-stündige Arreststrafe. Wie man hört, wurde denselben bei ihrer Haftentlassung mitgetheilt, daß bei fernerer Übertretung des Gesetzes auf ihre Kosten je ein Geldarm in die betreffenden Orte gelegt werde mit dem Auftrage, den Eintritt der Rentieranten in die Schule zu verhindern.

St. Johann, 13. Novbr. Mit Genehmigung des K. Unterrichtsministeriums vom 3. September d. J. sind auf Antrag der Stadtverordneten-Versammlung hier selbst die bisherigen beiden konfessionellen (katholische und evangelische) Volksschulen in eine confessionell-gemischte Volksschule zu vereinigen. An der Spitze der neuen Volksschule wird ein Rector und die Schule in 4-5 Systeme zu 4 Klassen mit je einem Lehrer zerfallen. Der Rector wird zugleich Local-Schul-Inspector sein und für den Umfang der Stadt die Stellung eines Kreisschulinspectors einnehmen. Der Oberschulvorstand wird bestehen aus dem Bürgermeister als Präses, dem Rector, einem evangelischen und einem katholischen Geistlichen, zwei Stadtverordneten und zwei von der Stadtverordneten-Versammlung zu wählenden Bürgern.

Schweiz.

Bern, 13. Novbr. In der heutigen Sitzung des Nationalrats fanden die betreffs des Militär-Organisationsgesetzes noch beständigen Discrenzpunkte ihre Erledigung und wurde das Gesetz bei der Generalabstimmung einstimmig angenommen.

— 14. Novbr. Eine offizielle Melbung an den Bundesrat zufolge sollen die Gottharbachlinie Biaccia-Locarno und Lugano-Chiaffio am 6. Dezember vertragmäßig dem Betriebe übergeben werden. — Der Nationalrat und der Ständerat haben sich, nachdem über das Militär-Organisationsgesetz zwischen beiden Factoren der Gesetzgebung eine vollständige Uebereinstimmung hergestellt worden ist, bis zum 7. December c. vertagt.

— Fräulein Dr. med. Maria Böttlin, die aargauische Pfarrerschter, welche letztes Frühjahr nach glänzend bestandenem Examen als Arzt für Geburtschäfe, Frauen- und Kinderkrankheiten sich in Biel niederlassen hat, bereit eine große Praxis erworben, sich auch ein Haus gekauft und einen Bräutigam in der Person des Professors Heim gefunden.

Oesterreich-Ungarn.

Graz, 14. Novbr. Gutein Vernehmen nach hat Don Alfonso von Bourbon die Absicht, hier selbst seinen Aufenthalt zu nehmen, nunmehr aufgegeben.

(W. T.)

Paris. Der Präfect Nadaillac ist in Paris, um dem Minister des Auswärtigen für die Verantwortung des spanischen Memorandum Auskunft und Anhaltspunkte zu geben. Vor zwölf Tagen wird das Schriftstück nicht fertig gestellt sein. — Nächste Woche halten das Lycée Centrale und die gemischte Linie in Versailles gemeinschaftliche Versammlungen ab, um über ihren Bildungsplan für die vorstehende Session zu berathen. — Wie verlautet, wird Mac Mahon bis nach dem 1. Januar im Elysé wohnen und dort den Neujahrsempfang abhalten. — Für die neuen Forts, die gegenwärtig um Paris gebaut werden, ist ein eigener Endarmieriedienst errichtet worden, um Neugierige nicht in die Nähe kommen zu lassen. — Mehrere Führer der Bonapartisten sind heute nach Châlons-sur-Marne gesessen, um die Ex-Kaiserin zu ihrem Namenstage zu beglückwünschen.

— Der Kriegsminister hat sich auf den Antrag des Magistrats damit einverstanden erklärt, daß außer den Stellvertretern, welche den diesigen Standesbeamten bereits beigegeben sind, noch etwa 4 Stellvertreter für ganz Berlin ernannt werden, welche im Nothfall, wenn ein Standesbeamter erkrankt oder sonst verhindert wird, sofort in Funktion treten können. Der Magistrat wird dem Oberpräsidium schon in der nächsten Zeit Vorschläge für diese Stellvertreterstellen machen, mit denen sein Gehalt, sondern nur Diätenzahlung für die Functionszeit verbunden ist.

— Die Zahl derjenigen Personen, welche durch die städtischen Bezirks-Einschätzungscommissionen zur Staatsklassensteuer eingeschätzt worden sind, beläuft sich auf etwa 300.000. Davor fällt mehr als ein Viertel in die erste Einkommensstufe (140 bis 220 Thlr. Einkommen) und fast eben so viel in die zweite (220 bis 300 Thlr. Einkommen). Der Magistrat beschäftigt in der nächsten Zeit über die diesjährige Einschätzung einen eingehenden, an statistischen Daten reichen Bericht, der den Untersuchungsrichter aber nur in dem Falle etwas angingen, wenn er sich als Sachwalter des Fürsten Bismarck und es als seine Aufgabe betrachte, diesem lediglich ihn interessierendes Material zuzuführen.

— Die am letzten Sonntage des Kirchenjahres, dem sogenannten Todtentag, lebter in den Berliner Kirchen gesammelte Collecte zum Besten des heiligen städtischen Armen- und Schulwelfens ist, nach der „Kreuz-Ztg.“, mit Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenrats aufgehoben worden, und es wird statt dessen eine Kirchencollecte zur Vermehrung der geistlichen Kräfte gehalten werden.

Italien.

Rom, 11. Novbr. Der entscheidende Tag des Wahlkampfes wird wegen der Stichwahlen der künftige Sonntag sein. Das „Dritto“ hofft, daß die Wähler sich zahlreicher als am 8. November bei den Urnen einfinden, wenn es handle sich um das Schicksal der Nation; diejenigen, welche die Fortdauer des Zwangskurses und des Deficits wollen, die unmäßigen Ausgaben gutheißen, die burokratische Centralisation lieben und dieselben, welche die Hünxelei zum System des Staates in seinen Beziehungen zur Kirche und zu den fremden Märkten erhaben wissen wollen, möchten für die ministeriellen Candidaten stimmen; diejenigen aber, welche gründliche Reformen, weise Sparsamkeit, Herstellung des finanziellen Gleichgewichts, eine vorausichtige feste Haltung der Regierung den Feinden Italiens und deren Intrigen gegenüber wollen, möchten die Mauern der Opposition wählen.

— Eine auffallende Erscheinung ist es, daß seit dem Sturz der päpstlichen Regierung in Rom die Zahl der außerehelich geborenen und ausgestzt gesunden Kinder alljährlich bedeutend abnimmt; im Jahre 1871 betrug dieselbe 881, im Jahre 1873 aber nur 555. Geboren wurden hier selbst im vorigen Jahre 6030 eheliche und 555 uneheliche Kinder.

England.

London, 12. Novbr. Nach einem langen aufwändigen milben Herbst sind gestern die ersten ersten Vorbereitungen des Winters hier eingetroffen. Das Wetter ist auf einmal recht kalt geworden und die ganze Stadt hat einen frostigen Anstrich. Die Landwirthe dürfen überwiegens der Ankunft des Winters ruhig zusehen. Selten haben sie ihre Herbstbestellung so leicht und so früh fertig bekommen. Die Saaten haben sich auch bereits gut festgezogen und von Schnee und Frost ist nichts zu fürchten.

London, 14. Novbr. Erzbischof Manning hat ein neues Schreiben gegen Gladstone's Schrift über die vaticanschen Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behauptung, daß durch das vaticansche Concil keine Neuerungen eingeführt worden seien, wiederholt und erläutert. Am Schlusse des Schreibens bedauert Manning den Irrethum Gladstone's, welcher, nachdem er sein Gesetz über die vaticansche Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behauptung, daß durch das vaticansche Concil keine Neuerungen eingeführt worden seien, wiederholt und erläutert. Am Schlusse des Schreibens bedauert Manning den Irrethum Gladstone's, welcher, nachdem er sein Gesetz über die vaticansche Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behauptung, daß durch das vaticansche Concil keine Neuerungen eingeführt worden seien, wiederholt und erläutert. Am Schlusse des Schreibens bedauert Manning den Irrethum Gladstone's, welcher, nachdem er sein Gesetz über die vaticansche Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behauptung, daß durch das vaticansche Concil keine Neuerungen eingeführt worden seien, wiederholt und erläutert. Am Schlusse des Schreibens bedauert Manning den Irrethum Gladstone's, welcher, nachdem er sein Gesetz über die vaticansche Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behauptung, daß durch das vaticansche Concil keine Neuerungen eingeführt worden seien, wiederholt und erläutert. Am Schlusse des Schreibens bedauert Manning den Irrethum Gladstone's, welcher, nachdem er sein Gesetz über die vaticansche Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behauptung, daß durch das vaticansche Concil keine Neuerungen eingeführt worden seien, wiederholt und erläutert. Am Schlusse des Schreibens bedauert Manning den Irrethum Gladstone's, welcher, nachdem er sein Gesetz über die vaticansche Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behauptung, daß durch das vaticansche Concil keine Neuerungen eingeführt worden seien, wiederholt und erläutert. Am Schlusse des Schreibens bedauert Manning den Irrethum Gladstone's, welcher, nachdem er sein Gesetz über die vaticansche Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behauptung, daß durch das vaticansche Concil keine Neuerungen eingeführt worden seien, wiederholt und erläutert. Am Schlusse des Schreibens bedauert Manning den Irrethum Gladstone's, welcher, nachdem er sein Gesetz über die vaticansche Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behauptung, daß durch das vaticansche Concil keine Neuerungen eingeführt worden seien, wiederholt und erläutert. Am Schlusse des Schreibens bedauert Manning den Irrethum Gladstone's, welcher, nachdem er sein Gesetz über die vaticansche Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behauptung, daß durch das vaticansche Concil keine Neuerungen eingeführt worden seien, wiederholt und erläutert. Am Schlusse des Schreibens bedauert Manning den Irrethum Gladstone's, welcher, nachdem er sein Gesetz über die vaticansche Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behauptung, daß durch das vaticansche Concil keine Neuerungen eingeführt worden seien, wiederholt und erläutert. Am Schlusse des Schreibens bedauert Manning den Irrethum Gladstone's, welcher, nachdem er sein Gesetz über die vaticansche Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behauptung, daß durch das vaticansche Concil keine Neuerungen eingeführt worden seien, wiederholt und erläutert. Am Schlusse des Schreibens bedauert Manning den Irrethum Gladstone's, welcher, nachdem er sein Gesetz über die vaticansche Decrete veröffentlicht, in welchem er seine frühere Behaupt

Ausfahrt darauf wohl mit Freude begrüßen. Wann die Realisierung des Projektes in die Wirklichkeit treten werde, hängt allerding von früher oder späterer Beschaffung dazu nötiger nicht unbedeutender Mittel ab.

* Das gefriige Concert im Schlossbau war sehr stark besucht. Das hübsch gewählte Programm wurde von der Kapelle recht brav executirt. Mit vielen Interesse wurde die von Hrn. Landenbach vorgebrachte Charakter-Pièce für Violin „Das Großmutterchen“ vor den Anwesenden aufgenommen; nicht weniger gefiel das dramatische Potpourri „Humoristische Rundschau“ von Cambal, welches sich auf einen Melodienkatalog, patriotischen Weisen &c. schließlich zu einer Schlachtmusik gestaltet. Wie wir hören, wird Hr. Kapellmeister Landenbach diese Pièce mit noch mehr Abwechslungen am nächsten Donnerstag wiederholen.

* Im Monat September d. J. sind auf der Kgl. Ostbahn 6 Entgleisungen von Bahngleisen und 2 Zusammenstöße vorgetreten, bei denen jedoch Personen nicht verletzt wurden. Dagegen sind 4 Verlegerungen bei der Bahn beschäftigter Arbeiter, 1 Tötung und 2 Verlegerungen fremder Personen, die nicht gleichzeitig Passagiere waren, endlich die Tötung einer Person, die den Tod freiwillig suchte, vorgekommen, welche sämtlich nicht eine Folge von Betriebsereignissen waren. Bei der Lüfti-Insterburger und der Ostruppenbahn kamen weder Entgleisungen, noch Zusammenstöße, noch Verlegerungen vor. In demselben Monat verpassten auf der Ostbahn 4 Courier- und 8 Personenzüge, und zwar die Courier- und Schnellzüge durchschnittlich um 21, die Personenzüge durchschnittlich um 31 Minuten; außerdem verpassten noch 3 gemischte Züge über 30 Minuten.

* Gestern Nachmittag 4 Uhr stand in dem Hawe Burgstraße No. 13 ein unbedeutender Schornsteinbrand statt. Derselbe wurde noch vor Ankunft der Feuerwehr von den Hausbewohnern gedämpft.

* Im Derselben ist am 1. Novbr. eine Lotsensession auf dem Leuchtturm vor Höganäs eröffnet worden. So lange sich dort Lotsen am Bord befinden, steht eine Lotsenflagge (halb weiß und halb blau) vom Gaffel des hintersten Mastes. Die Anzahl der Lotsen auf der nördlichen (schwedischen) Station im Derselben ist jetzt auf 11 und auf der südlichen auf 19 gestiegen; da die Gesamtzahl auf 34 normirt ist, so sind augenblicklich vier vacante Lotsenstellen vorhanden.

* Es wird als ein in der Ministerial-Instanz beständig festgehalten Grundtag hingestellt, daß über den aus den vollen lädtlichen Binsüberschüssen der Sparkassen zu bildenden und durch seine eigenen Binsen zu ergänzenden Reservefonds eine Verfügung zu Communalzwecken nur dann statthaft ist, wenn der Fonds 10 p.C. der Pausumasse erreicht hat.

Elbing, 14. Novbr. Vor etwa 16 Jahren wurde auf Wunsch der Stadtverordneten und nach längeren Widerstande des Magistrats am hiesigen Königssberg, 14. Novbr. Heute bestätigte das Ostr. Tribunal wiederum ein vom Kreisgerichte zu Braunsberg gegen den Bischof von Ermland, Dr. Kremens, ergangene Urteil und zwar auf die Appellation desselben, durch welches der Herr Bischof, wegen Verletzung der Magistre, zu 200 R. event. 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden war.

△ Österode, 14. Novbr. Die in ihrer Bezeichnungsweise wider den hiesigen Magistrat s. B. durch die K. Regierung zu Königssberg und neuerdings durch den Herrn Oberpräsidenten abschlägig beschiedene Fraction Salewski der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung hat gegen die legtgenannte Entscheidung Einspruch erhoben, wonach dieselben einen Fonds abgeben müssten, aus dessen Binsen man später einmal die Landes-Pensionen der städtischen Beamten zu decken gedachte.

Als der Staat die Pensionsabzüge seiner Beamten aufgab, d. i. beim Erlass des Beamten-Pensionsgesetzes vom 27. März 1872, sah sich auch die Commune genötigt, ein Gleiche zu beschließen. Der Pensionsfonds, welcher inzwischen auf die Summe von 12,000 R. herangewachsen war, blieb vorläufig ohne Verwendung, bis jetzt nach 2 Jahren seit Aufhebung der Pensionsbeiträge der Magistrat vorschlägt, denselben dem städtischen Stipendienfonds in dem Strome zu überweisen, das seine Binsen von 600 R. in vier Portionen von je 150 R. in erster Linie Söhnen solcher Elbinger Communalbeamten als Stipendium für Studien auf Universitäten, Gewerbeschulen, Gymnasien u. s. m. verliehen werden sollten, welche zum zur Entstehung des Pensionsfonds beigetragen haben. Die Stipendien, über welche der Magistrat verfügen kann, sind meist so gering, — die meisten 30 R. und nur eines 100 R. jährlich, — daß sie für die heutige Zeit nur noch den Werth einer Reiseunterstützung nach den westlichen Universitäten haben. Die Stadtverordneten haben die Vorschläge des Magistrats in ihrer gesetzten Sitzung fast einstimmig abgelehnt und beschlossen, den Pensionsfonds dem Reserve- und Überschussfonds zuzuwenden, dessen Binsen der laufenden Verwaltung zu Gute kommen, der aber in seiner Substanz nur zu außerordentlichen Zwecken angegriffen werden darf. Sie gehen von der Ansicht aus, daß die Commune, welche jetzt für die Pensionszahlungen an die Beamten ohne Pensionsabzug derselben aus Communalmitteln zu sorgen hat, auch berechtigt sei, über den angesammelten Pensionsfonds frei zu verfügen. Auf die Erörterung des Bedürfnisses nach größeren Stipendien für unbemittelte und niedrige Söhne unserer Stadt sind die Stadtverordneten gar nicht eingegangen. So wird der unglückselige Pensionsfonds, wie ihn gestern unser Ober-Bürgermeister treffend nannte, nachdem seine Ansammlung schon ein Unrecht gegen die mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten gewesen ist, noch bei seiner Auflösung ein Gegenstand des Streits zwischen den beiden städtischen Collegien. — Da der Landkreis Elbing kein eigenes Krankenhaus besitzt, so bringt er seit Jahren keine Kranken, so weit der Raum es gestattet, in dem städtischen Krankenhaus unter und zahl dafür 10 R. pro Tag und Kopf Entschädigung. Der Krankenfonds-Vorstand wird in Zukunft für derartige Kranken 15 R. fordern, da alle Bedürfnisse bedeutend höher geworden sind. Es steht zu erwarten, daß diese erhebliche Preissteigerung für Kreisstraße die Kreisverwaltung veranlassen wird, mindestens ernstlich auf Errichtung eines eigenen Krankenhauses Gedanke zu nehmen. — Die städtische Feuerwehr wird vom 1. Januar l. J. ab wahrscheinlich bei einer italienischen Rückversicherungsgesellschaft, welche in Turin ihren Sitz hat, Rückdeckung nehmen.

Strasburg, 15. Novbr. Die von dem hiesigen Kreise zu erbauende Chaussee von Friedeck bis zum Bahnhof Kl. Aktionen ist auf 65,000 R. veranschlagt und 15,940 Meter lang. Pro Kilometer trifft eine Bausumme von 4078 R. Das in Friedeck zu erbauende Chausseegollhaus soll nebst Buthaten 5200 R. kosten. Die Güter Buchenhausen, Friedeck und Demminholz geben das zu dieser Chaussee erforderliche Terrain unentgeltlich her. Nachdem diese Vorarbeiten sowohl getrieben sind, geben wir uns der Hoffnung hin, daß der Bau dieser Chaussee nicht unterlassen, sondern der daraus abziehende Antrag eines Kreistags-Abgeordneten von dem Kreistage abgelehnt werden wird. Denn abgesehen davon, daß die Eisenbahn-Gattstelle bei Aktionen nur unter der ausdrücklichen Bedingung gewährt werden ist, daß eine Chaussee vorhin gebaut werde, müssen wir keinen Grund, aus welchem der früher jedenfalls wohl erwogene Kreistags-Beschluß jetzt aufgehoben werden soll. Der in Friedeck stehende Theil unseres Kreises ist bisher ohne Chausseen geblieben und kann die in der hiesigen Gegend notorisch miserablen Landwegen namentlich im Frühjahr und Herbst oft genug die Eisenbahn gar nicht, oder doch nur unter sehr großen Schwierigkeiten erreichen. Es handelt sich im Communicationsmittel mehr oder weniger für die Güter Friedeck, Buchenhausen, und Kl. Aktionen, so wie um die Dörfer Niedzwidz, Gr. Brudzaw, Stiezel, Gr. Aktionen, Kl. Brudzaw &c. Auf jeden Fall dürfte es gut sein, daß die Kreistagsmitglieder aus jener Gegend auf dem Kreistage am 30. d. hier vollzählig erscheinen und für die schleunige Ausführung des zu Chausseebaues wirken. — Als es

sich um den Bau der Thorn-Insterburger Eisenbahn handelte, verlangte der frühere Handelsminister von den betreffenden Kreisen die unentgeltliche Herausgabe des zu dem Bau erforderlichen Terrains, indem der selbe diesem Bau ein bedenkliches Prognosticon und eine Rente von kaum 1% in Aussicht stellte. Der hiesige Kreis erklärt sich zu der geforderten Leistung nach Maßgabe des vom K. Ministerium feststellenden Bauplanes bereit und erhielt besseres Erwerbung des erforderlichen Terrains von der K. Direction der Ostbahn in Bromberg ein Darlehn von 30,000 R. Man nahm hier damals an, daß es sich um die Herausgabe des Terrains nur für eingleisige Bahn handele, die Bahnverwaltung nahm jedoch gleichzeitig das Terrain für ein in Zukunft vielleicht anzulegendes zweites Gleis in Besitz. Ausserdem bat die Bahnverwaltung ohne jede Mitwirkung des Kreises, aber auf Kosten desselben, große Landflächen zu Schutzstreifen erworben. Die Kosten für diese gesammelten Landverhüllungen belaufen sich auf einige 50,000 R. Die Nachbarkreise Culm und Graudenz haben die unentgeltliche Herausgabe des Grund und Bodens zu der qu. Bahn abgelehnt, der Kreis Löbau hat nur eine einmalige Gelbzahlung von 20,000 R. übernommen. Alle drei Kreise haben von der Bahn Thorn-Insterburg mindestens denselben Vortheil, wie der hiesige Kreis. Aus diesen Gründen haben die hiesigen Kreisbehörden dem Herrn Handels-Minister gehoben, dem Kreise von dem, demselben gewährten Darlehn von 30,000 R. die Summe von 20,000 R. zu erlassen. Alsdann würde der durch den Ausbau der Kreis-Chaussee ohnehin mit einer Schuld von 300,00 R. belastete Kreis zu einer Bahn noch verhältnismäßig stark, mit über 30,000 R. herangetragen sein. Der Herr Handelsminister hat diesen Antrag jedoch abgelehnt, da er sich zur Gewährung deselben befürchtet nicht befugt halte. Nun soll der am 30. d. J. hier zusammen tretende Kreistag über weitere Maßregeln beraten. Am Ende scheint es mir, wenn sämtliche bei dieser Angelegenheit beteiligte Kreise durch Petitionen an das Abgeordnetenhaus um verhältnismäßigen Erlaub der von ihnen zu erstattenden Darlehen bitten, damit bei den in den letzten Jahren aus geführten Eisenbahnbauteile derartige Opfer von den Kreisen nicht mehr gefordert werden.

* Königsberg, 15. Novbr. Ueber die Collision der Dampfer „Eurus“ und „Borussia“ wird weiter gemeldet, daß letzteres Schiff, welches nach dem Zusammenstoße anfänglich seine Fahrt fortsetzte, in Folge eines Lecks später gesunken ist. Der größere Theil der Besatzung und die Passagiere der das „Borussia“ rechtzeitig verlassen. Der Capitän, ein Maschinen- und ein Matrose waren an Bord geblieben und wurden noch vermisst.

Königsberg, 14. Novbr. Heute bestätigte das Ostr. Tribunal wiederum ein vom Kreisgerichte zu Braunsberg gegen den Bischof von Ermland, Dr. Kremens, ergangene Urteil und zwar auf die Appellation desselben, durch welches der Herr Bischof, wegen Verletzung der Magistre, zu 200 R. event. 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden war.

△ Österode, 14. Novbr. Die in ihrer Bezeichnungsweise wider den hiesigen Magistrat s. B. durch die K. Regierung zu Königssberg und neuerdings durch den Herrn Oberpräsidenten abschlägig beschiedene Fraction Salewski der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung hat gegen die legtgenannte Entscheidung Einspruch erhoben, wonach dieselben einen Fonds abgeben müssten, aus dessen Binsen man später einmal die Landes-Pensionen der städtischen Beamten zu decken gedachte.

Als der Staat die Pensionsabzüge seiner Beamten aufgab, d. i. beim Erlass des Beamten-Pensionsgesetzes vom 27. März 1872, sah sich auch die Commune genötigt, ein Gleiche zu beschließen. Der Pensionsfonds, welcher inzwischen auf die Summe von 12,000 R. herangewachsen war, blieb vorläufig ohne Verwendung, bis jetzt nach 2 Jahren seit Aufhebung der Pensionsbeiträge der Magistrat vorschlägt, denselben dem städtischen Stipendienfonds in dem Strome zu überweisen, das seine Binsen von 600 R. in vier Portionen von je 150 R. in erster Linie Söhnen solcher Elbinger Communalbeamten als Stipendium für Studien auf Universitäten, Gewerbeschulen, Gymnasien u. s. m. verliehen werden sollten, welche zum zur Entstehung des Pensionsfonds beigetragen haben. Die Stipendien, über welche der Magistrat verfügen kann, sind meist so gering, — die meisten 30 R. und nur eines 100 R. jährlich, — daß sie für die heutige Zeit nur noch den Werth einer Reiseunterstützung nach den westlichen Universitäten haben. Die Stadtverordneten haben die Vorschläge des Magistrats in ihrer gesetzten Sitzung fast einstimmig abgelehnt und beschlossen, den Pensionsfonds dem Reserve- und Überschussfonds zuzuwenden, dessen Binsen der laufenden Verwaltung zu Gute kommen, der aber in seiner Substanz nur zu außerordentlichen Zwecken angegriffen werden darf. Sie gehen von der Ansicht aus, daß die Commune, welche jetzt für die Pensionszahlungen an die Beamten ohne Pensionsabzug derselben aus Communalmitteln zu sorgen hat, auch berechtigt sei, über den angesammelten Pensionsfonds frei zu verfügen. Auf die Erörterung des Bedürfnisses nach größeren Stipendien für unbemittelte und niedrige Söhne unserer Stadt sind die Stadtverordneten gar nicht eingegangen. So wird der unglückselige Pensionsfonds, wie ihn gestern unser Ober-Bürgermeister treffend nannte, nachdem seine Ansammlung schon ein Unrecht gegen die mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten gewesen ist, noch bei seiner Auflösung ein Gegenstand des Streits zwischen den beiden städtischen Collegien. — Da der Landkreis Elbing kein eigenes Krankenhaus besitzt, so bringt er seit Jahren keine Kranken, so weit der Raum es gestattet, in dem städtischen Krankenhaus unter und zahl dafür 10 R. pro Tag und Kopf Entschädigung. Der Krankenfonds-Vorstand wird in Zukunft für derartige Kranken 15 R. fordern, da alle Bedürfnisse bedeutend höher geworden sind. Es steht zu erwarten, daß diese erhebliche Preissteigerung für Kreisstraße die Kreisverwaltung veranlassen wird, mindestens ernstlich auf Errichtung eines eigenen Krankenhauses Gedanke zu nehmen. — Die städtische Feuerwehr wird vom 1. Januar l. J. ab wahrscheinlich bei einer italienischen Rückversicherungsgesellschaft, welche in Turin ihren Sitz hat, Rückdeckung nehmen.

Saest, 10. Novbr. Im Alter von 71 Jahren ist hier heute der ehemalige Professor am hiesigen Gymnasium, der als Lehrer und Gelehrter in weiteren Auslandsen bekannt Karl Kopp gestorben. Mit seinen mathematischen Lehrbüchern und seinem Handbuch der Physik hat auch seine ausgewählte Lehrethode die Runde durch ganz Deutschland gemacht und auch über die Grenzen derselben hinaus die verdiente Anerkennung gefunden.

Hamburg, 13. Novbr. Der gestern von hier nach Newyork abgegangene Dampfer der Adlerlinie „Lessing“ ist, während er bei Glückstadt vor Anker lag, durch den von Brasilien kommenden Dampfer „Babia“ angesetzt und am Bug beschädigt worden. Der Dampfer „Klopfstiel“ von der Adlerlinie übernimmt im Folge dessen die Passagiere und die Ladung des „Lessing“ und geht sofort nach Newyork. Der Dampfer „Babia“ hat bei dem Zusammenstoß ebenfalls Schaden gelitten.

— Der Leichenverbrennung in Dresden diente wohl für längere Zeit ein Ende gemacht sein. Das sächsische Ministerium, das die Erlaubnis nur ausnahmsweise ertheilt hat, scheint dieselbe nicht mehr gewähren zu wollen.

Leipzig, 15. Novbr. Der Chef der Verlagsbuchhandlung F. A. Brockhaus, Dr. Heinrich Brockhaus, ist heute Nacht gestorben. (W. T.)

— Das „Bayer. Batel.“ will wissen, daß das Hofbräuhaus im München auf Befehl König Ludwig's geschlossen werden musste. Nachdem der König ein Glas davon versucht habe, wollte er nicht dulden, daß das Volk „solches Bier“ weiter trinken solle. Das Bräuhaus müsse geschlossen bleiben, bis besseres Bier da sei.

— Clara Ziegler wird ihre Entlassung von der Münchener Opernhaus, auf welcher sie besteht, vom 1. December an erhalten, jedoch, wie es heißt, mit Belästigung ihres Titels als „könniglicher bayerischer Hofchausseepieler“ und unter der Bedingung, läßlich in einigen Privatvorstellungen für König Ludwig mitzuwirken.

Wien, 13. Novbr. Der glückliche Erfolg, den Herr Emil Fischer gestern mit seinem Gastspiel in „Figaro's Hochzeit“ erzielte, hat die Direction der Komischen Oper veranlaßt, mit dem genannten Sänger einen dauernden Engagements-Vertrag abzuschließen.

Schwyz, 11. Novbr. Der Kigi erhält im Sommer 1875 einen zweiten Eisenbahngew. welcher auf entgegengesetzter Seite des bisherigen weichen Traces über Bielzau, nämlich den alten, früher allgemein begangenen Weg über Goldau, Kloster Maria, zum Schnee- und Rigiwald einschlägt und so mit großer Überraschung zur Culmbühne gelangt. Die

Arbeiten an diesem, über das großartige Trümmerfeld des Goldauer Bergsturzes vom 2. September 1806 führenden Schieneweges sind jetzt so vorgeschritten, daß die Eröffnung dieser zweiten Bahn auf den 1. Juni 1875 bestimmt festgesetzt werden kann. Bisher mußte man den gleichen neuen Weg hinauffahren, den man herausgekommen war; die Eröffnung dieses zweiten östlichen Weges gestattet jetzt die Regierenden den großen Vortheil, den einen Weg hinauf und den andern zum Herauffahren zu benutzen. Beim einen wie beim andern hat man Gelegenheit, die großartigen Bilder in aller Ruhe betrachten zu können.

— Der Raub des heiligen Antonius von Murillo aus der Cathedrale zu Sevilla bestätigt sich.

Die spanische Regierung hat sofort ihre Agenten im Auslande beauftragt, vor dem Anfange des Bildes zu warnen. Der Raub scheint von ländiger Hand ausgeführt zu sein, denn aus dem großen Altarbild ist nur dasjenige Stück ausgeschritten, auf welchem der Heilige knieend in betender Haltung dargestellt ist, ohne daß die Nebengestände auf dem Bilde beschädigt worden sind. Der Dieb muß sich zur Ausführung seiner That einer Peiner bedient haben, da das rote Bild hoch über dem Altar hängt. Auffälliger Weise sind die Gitter, Riegel und Schlosser unvergessen geblieben, und es ist rätselhaft, wie der Raub hat ausgeführt werden können, da des Raubs stets ein Kaplan, zwei Wärter und zwei große Hunde in der Kirche eingeschlossen sind. Der Werth des Murillo'schen Meisterwerks, welches auf über eine Million R. geschätzt wird, ist völlig vernichtet. Hoffentlich gelingt es, den Räuber habhaft zu werden, dem es übrigens schwer werden dürfte, das Bild zu verkaufen, da keine öffentliche noch Privatgalerie es wagen wird, ein allgemein bekanntes Meisterwerk zu erwerben.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung. Berlin, 16. Novbr. Angelommen Abends 4 Uhr.

Bez. 14. Novbr.

Weizen loco fand am heutigen Markttage mehrheitlich und rege Kauflust, die Befuhr war etwas teurer als in letzter Zeit und bewilligte man volle Preise, auch wohl etwas mehr, in einzelnen Fällen bis 1 R. pro Tonne mehr als Sonnabend. 500 Tonnen waren leicht zu verkaufen und sind außerdem noch gestern 120 To. 132/3 R. hochbunt Weizen zu 64 1/2 R. verlaufen worden. Heute wurde bezahlt für Sommer-181, 132/3 R. 58 1/2, 58 1/2 R., rot 129/30 R. 59 R., blau 127/3 R. 57 R., bunt 128 9/10, 61 1/2 R., 130 R. 62 R., hellbunt 128/9, 130 R. 63 R., hochbunt 128, gläsig 132, 132/3 R. 64, 64 1/2 R., 133/4 R. 65, 65 1/2 R., extra fein 134/5 R. 69 R., weiß 128, 130 R. 66 R., alt 125 R. gläsig 63 R., hochbunt 130 R. 67 R. pro Tonne. Termine fest gehalten April-Mai 152 R.-Mark. Regulierungspreis 61 1/2 R.

Roggen loco besser bezahlt, 121 R. 52 1/2 R., 124 R. 63 1/2 R. 128 R. 54 1/2 R., 129 R. 55 1/2 R., 130 R. 55 1/2 R. pro Tonne. Umsatz 45 Tonnen. Termine gefragter April-Mai 152 R.-Mark. Regulierungspreis 51 R. — Gerste loco kleine 107 R. 52 1/2 R., große 114/5 R. 58 R. pro Tonne. — Erbsen loco Umsatz 59 R. pro Tonne bezahlt. — Rüben loco brachten abfallende Waare 72 R., bessere 80 R. pro Tonne. Termine fest, April-Mai 158 R.-Mark. bezahlt. Regulierungspreis 81 R. — Raps loco wurde zu 82 R. gekauft. — Spiritus loco brachte 18 1/2 R.

Wheat loco best. 14. Novbr. [Productenmarkt.]

Königsberg, 14. Novbr. [Spiritus.] Wothenbergs Bericht. (v. Portatius u. Grothe.) Wir haben seit unserm letzten Bericht eine wesentliche Befreiung des Preises zu melden. — Starke Abzug nach der Provinz vor dem Abschluß der Schiffssaison und höhere Notierungen des Berliner Marktes, steigerten auch hier den Preis, trotz ziemlich bedeutender Bahnzufuhr, für Loco-Ware und Termine um ca. 20 R. — Der Terminhandel war in dieser Woche auch belebt, die Meinung ist eine bessere geworden, da man allgemein über Rübe und Unqualität der Kartoffel klagt. — Für Loco-Ware ist heute 19 R. R. für kurze Lieferung und November 18 1/2 R. für December 18 1/2 R. für Frühjahr 59 R.-Mkt. bezahlt. Für Wintermonate November-März wird 18 1/2 bis 18 1/2 R. geboten, jedoch fehlen Verkaufsstellen für spätere Sichten.

Stettin, 14. Novbr. Weizen pro November 66 1/2 R. pro Frühjahr 18 1/2 R. — Roggen pro November 51 1/2 R. November-Dezember 51 1/2 R. pro Frühjahr 147 1/2 R. — Rüben pro November 67 R. pro Dezember 68 R. pro Frühjahr 56 R. — Spiritus 1 pro November 18 1/2 R. pro November-Dezember 18 1/2 R. pro Frühjahr 57 R. 20 R.

Hypothen-Bericht. Berlin, 15. Novbr. (Emil Salomon.) Über die Umsätze in Hypotheken ist aus Mangel an Material wenig zu berichten, Kapitalien vielfach angeboten und fehlen gute und sichere Offerten zur ersten Stelle, namentlich in guten Stadtgegenden. Der Binnus

Weihnachts-Ausverkauf von Kleiderstoffen

und vielen anderen im Preise bedeutend herabgesetzten Artikeln.

- 1 Partie Mohairs, Elle zu $3\frac{1}{2}$ Sgr., früher 6 Sgr.
1 Partie Mix-Court und Lüster zu $3\frac{1}{2}$, 4, 5 Sgr.
1 Partie schwere Wollstoffe zu 6 u. 7, sonst 10 Sgr.
1 Partie bunte Stoffe 3, $3\frac{1}{2}$, 4, $4\frac{1}{2}$, 5, 6 Sgr.
1 Partie Schürzen- u. Rock-Moires 5, 6, 7 und 8 Sgr.
Davon empfehle als ganz besonders preiswerth und auffallend billig.
1 Partie fertige Schürzen für $\frac{3}{4}$ des Wertes.
1 Partie Halbpiqués zu 2 Sgr., breit zu $3\frac{1}{2}$ Sgr.
1 Partie Kopfshawls u. Tücher spottbillig.
1 Partie wollene Unterrocke von $22\frac{1}{2}$ Sgr. an.
1 Partie Wiener Court zu $4\frac{1}{2}$, 5, 6 u. 7 Sgr.
Große Partien ungeläufiger Gebirgsleinen, $\frac{5}{4}$, $11\frac{1}{8}$, $\frac{6}{4}$, $10\frac{1}{4}$ und $12\frac{1}{4}$ Creasleinen bedeutend unter Fabrikpreis.
Taschentücher (rein Leinen) $\frac{1}{2}$ Dutzend von 12 Sgr., grobe von 20, $22\frac{1}{2}$ und 24 Sgr. an.

Langgasse 35 Adalbert Karau, 35 Langgasse

Schwarze und couleure echte Sammete
zum Garnieren von Kleidern empfiehlt billig

S. Abramowsky, Langgasse 3.

W. Jantzen,
empfiehlt zu bedeutend zurückgesetzten Preisen

Costumes, Tuniques, Paletots und Jacken.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß wegen Anschlusses neuer Quellen an die städtische Wasserleitung das Prangenauer Quellwasser während der Stunden von Mittwoch, den 18. Nov., Abends 9 Uhr, bis Donnerstag, den 19. Nov., früh 6 Uhr, gänzlich abgesperrt werden wird.

Danzig, den 14. Nov. 1874.

Der Magistrat.

Die Wasser-Deputation.

Heute Abend 7½ Uhr wurde meine liebe Frau von einem Mädchen glücklich entbunden. Dies zeige statt besonderer Mel-
dung an.

Danzig, den 14. Novbr. 1874.
4932) Ottomar Kämmerer.

(Veröffentlicht.)

Freitag Abends 8 Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden mein Cousin, der Deacon Jacob Andres in seinem 66sten Lebensjahr.

Wosib, Den 16. November 1874.
J. Andres.

Herrn begleitete ich meinen vieljährigen lieben Ahnungs und Freund Heinrich Otto Krüger zur ewigen Ruhe.

Mit inniger Begeisterung sage ich ihm und zugleich auch im Namen unserer sämtlichen Mitarbeiter herzlich Lebewohl bei steten ehrenden Andenken!

Danzig, den 16. November 1874.
Audolph Haufmann,
in Firma: Haufmann & Krüger.

Heute Morgen 6 Uhr starb in Appelburg bei Plan unser geliebter Mann und einziger Bruder, der Gutsbesitzer Fr. Pawlow auf Hod-Schloss.

Appelburg, den 13. November 1874.
Else Pawlow, geb. Behnke,
Lina Pawlow.

Theilnehmenden Bekannten die traurige Nachricht, daß unser liebes Grünzchen am 13. d. Mts. im Alter von 8 Jahren an den Folgen des Scharlachfeuers starb.

Strassburg, Westpreußen.

Hans Freudenthal und Frau.

Meine Wohnung befindet sich von heute ab nicht mehr Johannistgasse No. 66, sondern

Johannistgasse No. 60,
1 Treppe.

F. A. Meyer,
Möbel-Spediteur.

Große Teppich-Auction.

Freitag, den 20. November er., Vor-
mittags 10 Uhr, werde ich auf dem 2. Damm
No. 8 einen großen Posten von
neuen und eleganten Velours-
und Brüsseler Teppichen in allen
Größen, großen Salon-Teppichen,
großen wollenen Stu-
ben-Teppichen, sowie Bett- und
Pult-Vorlagen

für auswärtige Rechnung versteigern. Die
Besichtigung kann den 19. d. von 11—2 Uhr,
sowie am Auctionstage eine Stunde vor
dem Termin stattfinden.

Nothwanger, Auctionator.

An Ordre
sind verladen per S. D. Calypso in Bari,
via Hull & per S. D. Milo hier angelommen
O. M. & Co. 2536 25 Bl. Mandeln.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.

4930)

2560.

Der Inhaber des gerühten Connissements
wird ersucht, sich schmeichelhaft zu melden bei
G. F. Reinhold.